

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
Gesetz zur Auflösung des Landesschulamtes vertagt	1
II. Aus der Rechtsprechung	1
1. VG Mainz: Augen auf bei der Bewerbung...	1
2. VG Wiesbaden: Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung im Beamtenbereich bejaht!	2
3. BVerwG zur Altersdiskriminierung der §§ 27, 28 BBesG a. F.	3
III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	4
Tarif- und Besoldungsrunde 2015 in Hessen hat begonnen!	4
IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	4
V. Aktuelles auf Rehmnetz	5
1. Beamtenrecht	5
2. Gleichstellungsrecht	5
3. Tarifrecht	5
4. Blog zum Beamtenrecht	5
5. Archiv des HBR-Newsletters	5

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

Gesetz zur Auflösung des Landesschulamtes vertagt

Wie bereits im Newsletter Nr. 5/2015, S. 1 berichtet, hatten die Regierungsfractionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen im Hessischen Landtag den Gesetzentwurf „... zur Neustrukturierung der hessischen Bildungsverwaltung“ vorgelegt. Nach einer öffentlichen Anhörung im Februar 2015 sowie einem Änderungsantrag (LT.-Drucks. 19/1657 v. 27.2.2015) wurde der Entwurf jedenfalls in seinem Kernbestand (= Auflösung des Landesschulamtes) unverändert am 3.3.2015 vom Landtag in 2. Lesung behandelt, aber noch nicht verabschiedet. Es erfolgte eine Zurückverweisung an den federführenden, kulturpolitischen Ausschuss. Die 3. Lesung fand auch nicht, wie es möglich gewesen wäre, am 5.3.2015 statt. Es bleibt abzuwarten, ob das Vorhaben während der Plenarberatungen in der Zeit vom 24.3. bis 26.3.2015 in 3. Lesung verabschiedet wird. Offen bleibt damit aber auch, ob der Zeitplan, das erst 2013 geschaffene Landesschulamt mit Wirkung zum 1.4.2015 aufzulösen, eingehalten werden kann.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

1. Augen auf bei der Bewerbung ...

... ist man versucht angesichts einer aktuellen Entscheidung des VG Mainz zu raten. Eine 56jährige Oberstudienrätin aus Hessen hatte sich im Jahre 2013 auf die Planstelle der Stellvertreterin des Direktors an einer integrierten Gesamtschule in Mainz (Rheinland-Pfalz) beworben. In Hessen wurde die Beamtin nach A 14, Stufe 12 HBesG besoldet. Die Stelle in Rheinland-Pfalz war ebenfalls nach A 14 bewertet. Die Betroffene war mit Wirkung zum 1.8.2013 vom hessischen Landesschulamt an die rheinland-pfälzische Schule versetzt worden. Allerdings wurde sie in Rheinland-Pfalz nicht stufengleich ebenfalls in die Stufe 12 der A 14 eingestuft, sondern (lediglich) in die Stufe 9. Der Grund: Auch in Rheinland-Pfalz ist das System der Dienstaltersstufen abgeschafft, es wird unter Beachtung von Vorbeschäftigungszeiten eingestuft. Dies ergab nach der dortigen Rechnung aber eben nur Stufe 9. Monatlicher Verlust: rd. 500,00 Euro. Die Beamtin wollte dies nicht hinnehmen und klagte vor dem VG Mainz. Eines ihrer Argumente war, dass der neue (rheinland-pfälzische) Dienstherr sie auf diesen Ein-

kommensverlust hätte hinweisen müssen. Erfolglos. Die zuständige Kammer des VG Mainz entschied, dass es keine allgemeine Informationsverpflichtung seitens des Dienstherrn gäbe. Letztlich ist jede Beamtin bzw. jeder Beamte selbst verpflichtet, sich vorher die entsprechenden Informationen zu besorgen. Anders läge der Fall dann, wenn der neue Dienstherr falsche Informationen verbreitet hätte. Dies war hier jedoch nicht der Fall. Von daher muss sich die Betroffene mit der erfolgten Einstufung abfinden.

Auch wenn es im vorliegenden Fall keine Rolle gespielt hat: In Hessen wäre die Betroffene heute in der A 14, Stufe 8 mit 5.116,66 Euro (Stand 1.4.2014). In Rheinland-Pfalz werden in der Stufe 12 der A 14 seit dem 1.1.2015 5.078,93 Euro, also 37,73 Euro weniger, gezahlt. Eine Folge des föderalisierten Dienstrechts. Also: Augen auf bei der Bewerbung!

Zitiert nach der Allgemeinen Zeitung Mainz v. 31.1.2015, S. 18. Aktenzeichen der Entscheidung nicht bekannt.

2. VG Wiesbaden: Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung im Beamtenbereich nach HBesG bejaht!

Es liegt eine erste Entscheidung zu der Frage vor, ob die Stufenzuordnung nach § 28 Abs. 2 Satz 1 HBesG im Rahmen der Ersteinstellung der Mitbestimmung der Personalvertretung nach § 77 Abs. 1 Nr. 1, Buchst. a) HPVG unterliegt. Das VG Wiesbaden befürwortet dies. Ausgangspunkt war ein Fall im Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums des Innern (HMdIS). Im Rahmen der Ersteinstellung reklamierte die zuständige Personalvertretung auch ihr Mitbestimmungsrecht bei der Stufenzuordnung. Das Ministerium bestritt das Beteiligungsrecht. Zur Begründung wurde angeführt, dass zum einen die Hessische Bezügestelle (HBS) dafür zuständig sei und nicht das Ministerium. Es käme hinzu, dass sich aus dem „Einstellungsbegriff“ im Beamtenbereich kein Beteiligungsrecht auch bei der Stufenzuordnung ableiten lasse. Die anderslautende Rechtsprechung zum Besoldungsrecht des Bundes sei nicht übertragbar.

Das VG Wiesbaden hat beiden Argumenten widersprochen. Zum einen sei die HBS für die Stufenzuordnung schon deshalb nicht zuständig, weil die entsprechende „Verordnung über die Zuständigkeiten

in beamtenrechtlichen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des HMdIS“ v. 12.5.2011 (HBR IV, Ordner 6, Nr. 2802) noch auf altem Besoldungsrecht basiere, es bilde das seit dem 1.3.2014 geltende neue HBesG nicht ab. Aus diesem „*verordnungs-technischen Versagen des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport*“ (VG Wiesbaden, S. 6, 2. Absatz des amtlichen Umdruckes) ergebe sich aktuell, dass die Einstellungsbehörde sowohl für die Einstellung selbst als auch für die Stufenzuordnung zuständig ist. Im Übrigen sei es so, dass die Ernennung, mithin die Einstellung und die Stufenfestsetzung, „als ein Akt“ anzusehen und nicht trennbar seien. Für den Bereich des BBesG habe der HessVGH bereits entschieden, dass die Stufenzuordnung mitbestimmungspflichtig ist (HessVGH v. 16.10.2014, Az.: 21 A 99/14.PV).

VG Wiesbaden v. 15.1.2015, Az.: 23 K 1582/14.WI.PV. Beschwerde zugelassen, ob eingelegt, ist derzeit nicht bekannt.

Anmerkungen:

- Soweit zu sehen, handelt es sich hier um die erste Entscheidung eines hessischen Verwaltungsgerichts auf der Grundlage des seit dem 1.3.2014 in Kraft befindlichen § 28 HBesG. Die Entscheidung des HessVGH v. 16.10.2014 basiert auf Bundesrecht.
- Der **Entscheidung ist zuzustimmen**. Auch die schon zuvor veröffentlichte Kommentarmeinung vertritt diese Auffassung (Rothländer in HBR I § 77 HPVG Rn. 89).
- Das Problem der nicht angepassten Verordnungen über die Zuständigkeiten in beamtenrechtlichen Personalangelegenheiten betrifft nicht nur das HMdIS sondern vermutlich noch mehr oberste Dienstbehörden (vgl. die Sammlung in HBR IV, Ordner 6, Nr. 2803 ff.). Dabei scheint es allerdings mehr als fraglich, ob im Rahmen der Überarbeitung der HBS die Zuständigkeit für die Stufenfestsetzung übertragen werden kann, weil dies auch eine inhaltlich/wertende Entscheidung im Rahmen der Einstellungsdiskussion darstellt und anders als die frühere Feststellung des Besoldungsdienstalters kein rein technischer Vorgang ist.

3. BVerwG zur Altersdiskriminierung der §§ 27, 28 BBesG a. F.

Das BVerwG hatte am 30.10.2014 in mehreren Verfahren entschieden, dass die Regelungen der §§ 27, 28 BBesG a. F. („Besoldungsdienstalter“) eine Diskriminierung wegen des Alters darstellen und über die Höhe der Entschädigung geurteilt (Newsletter Nr. 5/2014, S. 4). Mittlerweile liegen für zwei Verfahren die schriftlichen Begründungen vor:

- Bei den jetzt vom BVerwG entschiedenen Fällen handelt es sich um Vorlagen aus dem Bereich Bund, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz. Ein hessisches Verfahren war erkennbar nicht dabei. Gleichwohl sind die aufgestellten Grundsätze übertragbar. Die in Hessen ggf. ausgesetzten Verfahren werden nach diesen Grundsätzen zu entscheiden sein.
- Ansprüche nach dem unionsrechtlichen Haftungsanspruch konnten seit dem 8.9.2011 geltend gemacht werden. Das Datum ergibt sich aus der Veröffentlichung der Entscheidung *Hennigs und Mai* (ZTR 2011, 664). Es war die Entscheidung, mit der das System des § 27 BAT verworfen wurde. War ein solcher Anspruch fristgerecht geltend gemacht worden, wirkt er rückwirkend bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des AGG am 18.8.2006.
- In vielen Fällen dürften nach entsprechenden Hinweisen der Gewerkschaften erstmalig um die Jahreswende 2011/2012 Ansprüche geltend gemacht

worden sein. Auch wenn die damals verteilten Musterschreiben keinen ausdrücklichen Bezug auf § 15 AGG herstellen, wird man es als Geltendmachung zu bewerten haben (BVerwG v. 30.10.2014, Az.: 2 C 6.13, Rn. 32). Die Geltendmachung ist gegenüber dem jeweiligen Dienstherrn erfolgt. Bei Landesbeschäftigten sogar gegenüber dem, der über die Gesetzgebungskompetenz verfügt. Dass andere Dienstherrn (Kommunen, Sozialversicherungsträger, rechtlich selbständige Hochschulen) nicht über diese Kompetenz verfügen, ist unerheblich (BVerwG v. 30.10.2014, Az.: 2 C 6.13, Leitsatz 9).

- Soweit ein Ausgleichsanspruch besteht, besteht dieser nach Maßgabe der Entscheidungen in der Höhe nach nicht darin, dass die jeweilige Differenz zwischen der tatsächlichen Dienstaltersstufe und der höchsten Dienstaltersstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe gezahlt wird. Dies ergäbe sich, so das Gericht, zum einen daraus, dass § 7 AGG kollektivrechtliche Regelungen erfasst und keine gesetzgeberischen Hoheitsakte, die §§ 27, 28 BBesG a. F. seien insgesamt unwirksam und von daher nicht anwendbar und schließlich würde eine Einstufung in die jeweilige Endstufe zu einer Entwertung der Honorierung von Berufserfahrung führen. Damit setzt sich das BVerwG erkennbar von der Judikatur des EuGH und des BAG in Sachen § 27 BAT ab.



Produkttipp



PöS – Personalmanagement im öffentlichen Sektor

**Erfolgreiches Personalmanagement hat viele Facetten.
Bei PöS finden Sie alle!**

Modernes Personalmanagement bedeutet, mit der Ressource Personal so umzugehen, dass die Ziele der jeweiligen Behörde oder Kommunalverwaltung erreicht und dabei zugleich die Bedürfnisse der Beschäftigten angemessen berücksichtigt werden.

Mehr zum Thema und alle Produkte aus unserer PöS-Reihe finden Sie auf unserer Themenseite.

[\[>>> Direkt zur Themenseite\]](#)

- Der Ausgleichsanspruch besteht der Höhe nach in einer Entschädigung von 100,00 Euro pro Monat. Der Anspruch endet mit dem Ablauf des Monats Februar 2014. Seit dem 1.3.2014 gilt neues Besoldungsrecht.
- Auch für die unionsrechtlichen Haftungsansprüche ist die 3-jährige **Verjährungsfrist** anzuwenden. Diese ist in Hessen seit dem 1.3.2014 ausdrücklich gesetzlich geregelt (§ 13 HBesG), galt aber zuvor bereits durch Rechtsprechung.

Sowohl das hessische Innenministerium wie auch die betroffenen Gewerkschaften werten die beiden vorliegenden Entscheidungen jetzt bezogen auf die hessische Situation aus und werden sich zu den praktischen Konsequenzen vermutlich alsbald äußern.

BVerwG v. 30.10.2014, Az.: 2 C 3.13 und Az.: 2 C 6.13

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarif- und Besoldungsrunde Hessen 2015 hat am 6.3. begonnen!

Am Freitag, den 6.3.2015 hat in Wiesbaden die Auftaktrunde der 2015er Tarif- und Besoldungsrunde in Hessen begonnen. Die beteiligten DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP, IG BAU sowie der dbb Beamtenbund und Tarifunion haben für diese Einkommensrunde eine Entgelterhöhung von 5,5 %, mindestens jedoch 175,00 Euro pro Monat, gefordert. Die soziale Komponente in Form des Mindestbetrages soll sicherstellen, dass untere Entgeltgruppen stärker angehoben werden. Ferner sollen die Ausbildungsvergütungen um 100,00 Euro mtl. steigen und es soll eine Regelung zur verbindlichen Übernahme nach Abschluss der Ausbildung vorgenommen werden. Desweiteren wollen die Gewerkschaften mit dem Land Hessen über eine Einschränkung von Befristungen verhandeln. Sachgrundlose Befristungen sollen gänzlich der Vergangenheit angehören.

Im hessischen Landesdienst sind zirka 45.000 Tarifbeschäftigte von den Verhandlungen und ihrem Ergebnis betroffen. Ein mögliches Ergebnis soll auf die 106.000 hessischen Beamtinnen und Beamten

übertragen werden. Das Land Hessen führt diese Tarifverhandlungen in Eigenregie, weil es im April 2004 aus der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder (TdL) ausgetreten ist und als einziges Bundesland diesem Arbeitgeberverband nicht angehört. In der ersten Verhandlungsrunde hat Innenminister Peter Beuth (CDU) als Verhandlungsführer des Landes kein Angebot vorgelegt. Die Verhandlungen wurden vertagt auf den 14. und 15. April 2015 und damit nach Ostern. Für Mittwoch, den 11.3., haben die Gewerkschaften Warnstreiks angekündigt.

Die Verhandlungen sind auch für die rechtlich selbstständigen Universitäten Frankfurt a. M. und die Technische Universität Darmstadt von Bedeutung. Ihr eigenständiges Tarifrecht orientierte sich jedenfalls in der Vergangenheit auch hinsichtlich der Einkommensentwicklung an der Tarifentwicklung des Landes selbst.

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

März 2015:

295. Aktualisierung der Gesamtausgabe = Tarifrecht
TV-H, Entgeltordnung

April 2015:

296. Aktualisierung der Gesamtausgabe = 143. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Kommentierung zu §§ 27-32, 106 HBG 2014

297. Aktualisierung der Gesamtausgabe = 80. Aktualisierung der Teilausgabe I
Kommentierung zu §§ 10, 12, 13, 15, 16 HPVG und 1-5 WO-HPVG

Mai 2015:

298. Aktualisierung der Gesamtausgabe = 144. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Kommentierung zu §§ 33-36 HBG 2014, Vorschriften

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

V. Aktuelles auf Rehmnetz

1. Beamtenrecht

[Zur generellen Rechtswidrigkeit länderübergreifender Versetzungen gegen den Willen des Beamten](#)

2. Gleichstellungsrecht

[Einen Schritt vor – zwei zurück](#)

3. Arbeits- und Tarifrecht

[Hessen – Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst bisher ergebnislos](#)

4. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Alles wird teurer – nur die Beamten nicht](#)

[Ein Geschenk mit kuriosen Folgen: Lehrerin zahlt 4000 Euro Strafe](#)

[Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

5. Archiv des HBR-Newsletters

Alle bisherigen Ausgaben unseres kostenlosen HBR-Newsletters finden Sie [hier](#).

Sie möchten unseren Newsletter weiterempfehlen? Hier kann man sich für ihn anmelden: Einfach auf <http://www.rehmnetz.de/beamtenrecht/dienstrechtsreform/> gehen und im Kasten „Newsletter HBR“ auf „Anmelden“ klicken.

Wenn Sie im Rehmnetz unter „**Login**“ ein eigenes Konto als Nutzer/in anlegen, finden Sie unter „**Mein Rehmnetz**“ die Rubrik „**Newsletter**“ mit einer Liste aller Infodienste, die Sie abonnieren können. Dieser Service und die Registrierung sind selbstverständlich **kostenlos** für Sie!



Produktipp

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

Teil IV: Beamtenrecht

Die umfassende Neukommentierung!

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 8 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

Impressum:

R.v.Decker, eine Marke der Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, München & Heidelberg,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2015, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg